

Ökonomischer Druck ist Gefahr für Ärzte und Patienten

Der Hartmannbund sieht sich in seiner Warnung vor den Folgen ökonomischen Drucks an den deutschen Kliniken durch jüngste Äußerungen des Ethikrates bestätigt. „Vor allem die Länder, die seit Jahren ihre Finanzausschüsse für die Kliniken kürzen, sollten diesen Befund als alarmierendes Wecksignal begreifen“, sagte der Vorsitzende des Hartmannbundes Dr. Klaus Reinhardt in Berlin. Der Hinweis des Ethikrates, dass das Wohl des Patienten unter den

herrschenden Bedingungen immer mehr auf der Strecke bleibe, verpflichte aber auch die Kliniken zum Umdenken. In diesem Zusammenhang unterstütze der Hartmannbund ausdrücklich die Forderung des Gremiums, Geschäftsführer von Kliniken sollten neben ihrer ökonomischen Fachkompetenz auch über grundlegende Kenntnisse in Medizin und Pflege verfügen. Überwiegend ökonomisch ausgerichtete Entscheidungen würden auf Dauer die Arbeitssituation von Ärzten und Pflegekräften

unzumutbar verschlechtern und damit das Patientenwohl gefährden. In diesem Sinne müsse die vom Ethikrat geforderte Mindestzahl von Pflegekräften auch auf das ärztliche Personal ausgedehnt werden. Reinhardt appellierte an Bundesgesundheitsminister Gröhe, die Hinweise des Ethikrates ernst zu nehmen. Dazu gehöre auch, sich immer wieder der Frage zu widmen, wie das System der sog. Fallpauschalen mit seinen vielfachen Fehlanreizen sinnvoll modifiziert werden könne. | www.hartmannbund.de |

Demokratische Legitimation des G-BA?

Passend zum Weltgesundheitstag nimmt die Bürger Initiative Gesundheit Stellung zu der aus ihrer Sicht undemokratischen Funktion des Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Die Initiative fordert eine Orientierung dieses Gremiums ausschließlich auf die Interessen aller Bürger.

Auf der Grundlage einer vorliegenden profunden Analyse des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 10.11.2015 zu den Grundrechtseingriffen des Gemeinsamen Bundesausschuss ergibt sich ein wichtiger Aspekt für die Zukunft:

„Die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen sollten bei den Entscheidungen des G-BA über verfassungsunmittelbare Leistungsansprüche einbezogen werden. Dies bestätigt uns in der seit vielen Jahren gefassten Überzeugung und unseren nachhaltigen Zweifeln an der demokratischen Legitimation des G-BA, da die Versicherten bei den Entscheidungen nur ein Anhörungsrecht, aber kein Stimmrecht besitzen“, so der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ulrich M. Gassner. Der Stellungnahme zufolge

wurde das „Gesundheits-Zentralkomitee“ G-BA durch die rechtliche Bewertung des Bundesverfassungsgerichts in eine verschärfte Legitimationskrise gebracht. Man könne sich deshalb sicher sein, dass in der nahen Zukunft eine neue Verfassungsbeschwerde eingereicht würde, die dazu führen könne, dass der Gemeinsame Bundesausschuss die Interessen und Rechte der Versicherten, Patienten und Drittbetroffenen nicht so vernachlässige, wie das bisher der Fall ist.

| www.bürger-initiative-gesundheit.de |

Das individuelle Patientenwohl ins Zentrum rücken

Der Deutsche Ethikrat hat eine wichtige Stellungnahme „Patientenwohl als ethischer Maßstab für das Krankenhaus“ vorgelegt. Rudolf Henke, 1. Vorsitzender des Marburger Bundes, äußerte sich wie folgt dazu: „Wir begrüßen sehr, dass der Ethikrat das Patientenwohl und die Notwendigkeit einer individuellen Behandlung und Betreuung im Krankenhaus in das Zentrum seiner Betrachtungen gestellt hat.“ In den Debatten um die Finanzierung des Gesundheitswesens gerate die ganzheitliche Wahrnehmung des Patienten als Individuum häufig aus dem Blick. Der Ethikrat habe deshalb recht, wenn er fordere, dass ärztliches Handeln auf den individuellen Patienten und seinen spezifischen Bedarf ausgerichtet sein müsse. Der



Rudolf Henke

Behandlungserfolg. Dazu bedarf es aber auch Rahmenbedingungen, die genügend Zeit für Gespräche ermöglichen. Deshalb unterstützt der Marburger Bund mit Nachdruck die Empfehlung des Ethikrats, den zeitlichen und organisatorischen Aufwand für die Kommunikation mit Patienten bei den Vorgaben für die Vergütung innerhalb des DRG-Systems zu berücksichtigen. Die Politik täte auch gut daran, wenn sie die Mahnung des Ethikrats beherzigen würde, die Dokumentationspflichten im Krankenhaus zu vereinfachen, um mehr Zeit für die Patientenversorgung zu gewinnen. Die Mitgliederbefragungen des Marburger Bundes zeigen seit Jahren, dass die ausufernde Bürokratie den Ärzten wie ein Mühlstein am Hals hängt.